

Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

April – Mai 2010

Inhalt

Zukunftsaufgaben.....	Michael Arndt	2
Aus dem Bundestag.....	Petra Merkel	3
Rekommunalisierung	Barbara Loth	5
Die Zukunft der Bundeswehr in Afghanistan	H. Thärichen, N. Siewert	6
Neue Ideen für den Ortskern Zehlendorf.....	Andreas Linde.....	8
Termine	http://www.spd-suedwest.de/termine	
Frauen-Power in Steglitz-Zehlendorf	Irene Köhne.....	16
Toleranz und Vielfalt in der Schule	Eveline Neumann	17
67 +.....	Klaus Spsychalski.....	18
Gratulation		22
Ruhr.2010.....	Burkhard Zimmermann	22

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

unsere SPD fängt sich langsam aber stetig. Wir bekommen politisch wieder festen Boden. Dies ist alles andere als selbstverständlich nach der Katastrophwahl im September des vergangenen Herbstes. Die Abwahl aus der Regierung schmerzt, und der Gang in die Opposition war sicherlich nicht einfach. Aber wir haben diese Zeit ohne dauerhafte personelle Auseinandersetzungen und weithin ohne politische Flügelkämpfe bewältigt. An der Arbeit unserer führenden Bundespolitiker Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier, Andrea Nahles, aber auch an Klaus Wowereit, wird keine vernehmbare Kritik geübt. Sie kommen sich im Prozess der inhaltlichen Neuaufstellung nicht ins Gehege; sie wirken auch nicht individuell, sondern als Team. Allerdings hat sich in den Meinungsumfragen der neue Stil bisher nicht spürbar niedergeschlagen. Wir haben bisher nicht von den Verwerfungen innerhalb der schwarz-gelben Koalition profitiert, trotz Klientelpolitik sowie Vetternreisen des derzeitigen Außenministers.

Wir sollten uns davon nicht beirren lassen. Der „Genosse Trend“ war immer ein langsamer Zeitgenosse – insbesondere dann, wenn er vorher in die falsche Richtung marschierte. Menschen, die nicht mehr von unserer Politik überzeugt waren, sich emotional entfernt haben oder sogar zu anderen Parteien abgewandert sind, verändern ihre Haltung nicht von einem Tag zum anderen. Ein verändertes Politikangebot oder ein personeller Neuanfang allein reichen nicht aus, um wie-

der Vertrauen zurückzugewinnen. Die Menschen wollen überzeugt werden. Erst tätiges Handeln ist der Weg zu neuem Vertrauen. Vor allem dort, wo Sozialdemokraten Verantwortung ausüben. Politisch interessierte Menschen hören zu und schauen nicht weg.

In Steglitz-Zehlendorf haben wir durch Beschlüsse auf unterschiedlichsten Feldern, sei es in der Afghanistanpolitik, sei es bei der Agenda 2010, bei Hartz IV oder bei der Privatisierung der Deutschen Bahn AG, deutliche Veränderungen eingefordert; sie sind inzwischen Bestandteil der Politik der Bundespartei. Wir halten weiter am Ziel unserer Reformen fest. Sozialdemokratischer Auftrag ist es, Menschen aus dem gesellschaftlichen Abseits langer Arbeitslosigkeit herauszuführen. Dabei sagen wir eindeutig nein zu entwürdigenden und ungerechten Berechnungsmethoden bei Schonvermögen und Leistungsbemessung sowie zur Gleichmacherei bei der Rente mit 67. Auch mit dem damit verbundenen hoch peinlichen Bürokratismus muss Schluss sein.

Die Fundamente der Partei und die Meinungsbildung in Partei und Gesellschaft sind neu zu formulieren. Apparat und Organisation sind der veränderten Wirklichkeit anzupassen. Hier haben wir in Steglitz-Zehlendorf früher als anderswo angesetzt. Nach anstrengenden und kräftezehrenden Wahlkämpfen (Bundestagswahl, Europawahl, Volksentscheide „Flughafen Tempelhof“ und „Pro Reli“) haben wir schon kurz nach der verlorenen Bundestagswahl in einer Mitgliedervollversammlung das Handeln unserer Partei

und in der Regierung intensiv diskutiert. Die Ergebnisse wurden nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern werden gemeinsam mit der SPD-Fraktion der BVV-Steglitz-Zehlendorf in praktische Politik umgesetzt. Nicht nur die Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation unserer Politikangebote wird bürgernaher gestaltet, sie sollen auch eng mit den Bürgerinnen und Bürgern und den verschiedenen Netzwerken in unserem Bezirk verknüpft werden. Dieser neue Politikansatz, erfolgreich erprobt auf einer Zukunftswerkstatt im Januar, ist zwischenzeitlich auch das Modell für die Hauptstadtkonferenzen der Berliner SPD. Auch hier sollen nicht unsere bewährten Funktionäre und treuen Mitglieder im Vordergrund stehen, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Wünschen und Problemen. Auch auf den Hauptstadtkonferenzen gewonnene Erfahrungen sollen nicht einfach zur Kenntnis genommen, sondern ebenfalls in praktische Politik umgesetzt werden.

Ich bin der Überzeugung, dass der Politikstil „von oben“ und mit „Basta“ für die Sozialdemokratie nicht typisch war und nur mit den aufgestauten und drängenden Problemen aus der Kohl-Ära zu erklären ist. Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger sehnen sich nach anderen Politikformen in einer neuen Zeit. In der Parteilarbeit möchten sie neue Umgangsformen pflegen – wir müssen dem Rechnung tragen. Mit Zukunftswerkstätten, aber auch mit anderen Kommunikationsformen – mit der „Basis“ und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirkes – wollen wir weiter prägend wirken; neue

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewinnen und zugleich politische Führung zeigen.

EUER MICHAEL ARNDT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

meine ersten Wochen im 17. Deutschen Bundestag waren geprägt von den Beratungen zum Bundeshaushalt 2010, den wir am 4. März 2010 abschließend im Haushaltsausschuss verabschiedet haben. Nach der 2. und 3. Lesung im Bundestag und der Abstimmung im Parlament am 19. März ist nun der Bundesrat an der Reihe.

Es waren meine ersten Haushaltsberatungen als Vorsitzende des Haushaltsausschusses. In insgesamt acht Sitzungen von über 80 Stunden Gesamtdauer haben wir über die Einzelpläne aller Ministerien diskutiert, rund 1.300 Änderungsanträge beraten und abgestimmt. Leider ist das Ergebnis eine Rekordneuverschuldung mit 80,2 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung konnte gegenüber dem Entwurf von 85,8 Mrd. Euro um 5,6 Milliarden reduziert werden – dies ist zwar gut, aber es ist kein Verdienst der schwarz-gelben Koalition. Sie feiert einen Erfolg, der nicht ihrer ist, denn Peer Steinbrück hatte die Grundlage für diesen Haushalt im Sommer letzten Jahres gelegt. In der Zwischenzeit zeigt sich, dass die Konjunkturpakete I und II greifen und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise vernünftig abgemildert haben. Dank der leicht verbesserten konjunkturellen Entwicklung, insbesondere auf dem Arbeits-

markt, und der extrem günstigen Zinsentwicklung werden in diesen Bereichen weniger Schulden gemacht, ohne dass diese Regierung oder diese Koalition dafür hätte einen Finger rühren müssen.

Für viele mögen wir Haushälter „Buchhalter“ sein, „Erbsenzähler“ – aber ein Haushalt bedeutet viel mehr: Hinter den nackten Zahlen stecken Projekte, Ideen, politische Schwerpunkte. Jede Kürzung und jede Erhöhung bedeutet eine Prioritätensetzung. Allerdings ist der Großteil der Ausgaben schon vorab gebunden: durch Zinsbelastungen, feste Posten, wie Rentenzahlungen oder Sozialleistungen. Der Gestaltungsspielraum ist gering, aber es gibt ihn. Wenn ich allerdings die Aktion der schwarz-gelben Koalition betrachte, ist er verschenkt und verspielt. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist ein Exempel für ihre Klientelpolitik: Als Beispiel sei hier das Grünland-Milch-Sonderprogramm (für bayerische Landwirte) genannt. Während die Länder und Kommunen unter den wegbrechenden Steuereinnahmen ächzen, kommen keine Impulse der neuen Bundesregierung, die hoffen lassen. Der misslungene Auftakt der Koalition macht für 2011 und die Folgejahre noch misstrauischer als bisher. Denn ab 2011 müssen Jahr für Jahr 10 bis 15 Milliarden Euro eingespart werden, um die Regelung der Schuldenbremse und das Vorhaben des Europäischen Stabilitätspaktes einzuhalten sowie die steigenden Zinsausgaben finanzieren zu können. Sträflich sind dann die schwarz-gelben Träumereien von Steuersenkungen! Aber leider gibt die Koalition keine

Auskunft, wie sie diese immensen Sparanstrengungen erbringen will. Keine Ideen, keine Vorschläge und eben kein Konzept. Legten die FDP-Kollegen in den letzten Jahren regelmäßig ihr „liberales Sparbuch“ vor, mit über 400 Anträgen, die Einsparungen von über 10 Milliarden Euro bringen sollten, findet sich nun, da sie in Regierungsverantwortung sind, nichts von diesem Sparbuch wieder! Wie lange wird es dauern, bis die Karten auf den Tisch kommen? Vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen sicherlich nicht!

Neben meiner Funktion als Vorsitzende des Haushaltsausschusses bin ich auch weiterhin Berichterstatterin der SPD für den Kulturetat. Ein kleiner, aber feiner Etat, der auch gerade wegen der wegbrechenden Steuereinnahmen in den Kommunen sehr wichtig ist. Einen leichten Aufwuchs gibt es in diesem Etat, denn wir konnten die Digitalisierung der Kinos mit 4 Millionen Euro anstoßen. Zwar ist unser Antrag mit 7 Millionen Euro abgelehnt worden, aber immerhin sind 4 Millionen bewilligt, so dass kleinere Kinos die technischen Neuerungen umsetzen und gegenüber den großen Ketten wettbewerbsfähig bleiben können.

Wir sehen in Berlin das Engagement des Bundes – gerade auch im Kulturbereich – deutlich. Von dem Etat von rund 1 Milliarde Euro fließt gut die Hälfte nach Berlin mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, allen voran die Museumsinsel, dem Hauptstadtkulturfonds, den Berliner Festspielen. Die Beratungen für den Etat 2011 stehen ab dem Herbst wieder an! Da wird es dann wirklich ernst.

In Briefen, E-Mails und in Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern erfahre ich immer wieder, dass das Thema Afghanistan die Menschen in unserem Land nicht loslässt. In den vergangenen Jahren habe ich stets versucht, in Informationsveranstaltungen die Ängste und Befürchtungen aufzugreifen sowie über die Afghanistanpolitik der Bundesregierung und die Arbeit der Task Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion aufzuklären. Daran möchte ich auch jetzt, wo die SPD eine klare Abzugsperspektive fordert, anknüpfen.

Zu all diesen Themen findet Ihr Veranstaltungstermine auf Seite 15, aktuelle Informationen auf meiner Homepage, siehe Seite 24. Ich freue mich, Euch bei einer oder anderen Gelegenheit zu treffen!

EURE **PETRA MERKEL**, MdB

REKOMMUNALISIERUNG

Im November 2009 wurde der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) beauftragt, eine AG „Kommunales Eigentum“ unter der Leitung des Landesvorsitzenden einzurichten.

Der GLV einigte sich auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit je 2 Vertretern von Fraktion, Partei und Senat unter Leitung von Michael Müller.

Diese Arbeitsgruppe hat sich Anfang Januar konstituiert. Mitglieder sind: Michael Müller, Dr. Ulrich Nußbaum, Ingeborg Junge-Reyer, Stefan Zackenfels, Frank Jahnke, Barbara Loth.

Die Sicherung der Leistungen der Daseinsvorsorge bzw. der öffentlichen Güter ist seit Jahren Kernelement linker Politik

und entspricht unserem Grundverständnis einer aktiven Rolle des Staates. Dies ist heute notwendiger denn je und auch wieder mehrheitsfähig. Erstmals besteht in Berlin eine reale Chance, die Grundsatzdebatte zu führen und ernsthaft Optionen zu prüfen. Bereits im Koalitionsvertrag zwischen SPD und DIE LINKE 2006–2011 in Berlin gab es erste politische Festlegungen. Dort ist der folgende Auftrag aufgenommen worden: „Die Koalition setzt sich für eine Rekommunalisierung der BWB (Berliner Wasserbetriebe) ein.“

Die Prüfung einer solchen Rekommunalisierung sollte sich aber nicht nur auf die Wasserbetriebe konzentrieren, sondern sämtliche Infrastrukturen, wie Energie (Gas, Strom) und Verkehr (S-Bahn), mit einbeziehen. Dabei muss alles auf den Prüfstand: Nicht nur die Frage des Eigentums und der finanziellen Beteiligung, sondern auch die Vertragsgestaltung und die Frage der Transparenz der Verträge.

Die Arbeitsgemeinschaft und ihre politische Begleitung werden zunächst eine Prioritätenliste und Handlungsempfehlungen erstellen. Kernpunkte der Arbeitsgemeinschaft sollten aus meiner Sicht dabei sein:

1. Klarstellung, dass Verträge mit der öffentlichen Hand grundsätzlich öffentlich sind.
2. Prüfung differenzierter Re- bzw. Kommunalisierungsmöglichkeiten in Abwägung der Kosten-Einfluss-Relation und des praktischen Nutzens für die Bürgerinnen und Bürger (u. a. auch Preisentwicklung).

3. Prüfung von Finanzierungsoptionen (im Bereich der ertragreichen Sektoren, wie Verkehr und Gas, Strom, durchaus auch kreditfinanziert).
4. Prüfung eines politisch effektiven Beteiligungsmanagements (dezentrale Führung vs. zentrale Holding).

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AG haben sich zunächst darauf geeinigt, sich mit den Wasserbetrieben, der GAS-AG und der S-Bahn zu befassen. Wir sollten die Ergebnisse der AG im Kreis diskutieren und ggf. Handlungsschritte daraus formulieren.

BARBARA LOTH
Bezirksstadträtin

für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr

DIE ZUKUNFT DER BUNDESWEHR IN AFGHANISTAN

Wie geht es weiter in Afghanistan? Auch wenn der SPD-Parteivorstand am 22. Februar seine Position zur Mandatsverlängerung festlegte, wollte sich die Abteilung Seenplatte am 23. Februar an der wichtigen Diskussion zur Zukunft der Bundeswehr in Afghanistan beteiligen. Gemeinsam mit den Referenten Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ute Finckh-Krämer, Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung, und dem Länderreferenten für Afghanistan der Welthungerhilfe e.V., Alexander Schrade, wurde über die Verlängerung des Bundeswehrmandats diskutiert und beleuchtet, vor welchen großen Herausforderungen die

deutschen Truppen und die internationale Gemeinschaft in Afghanistan stehen.

Rainer Arnold, der selbst des Öfteren in Afghanistan war, nannte vier Gründe für die Entsendung deutscher Truppen an den Hindukusch. Zum Ersten müsse verhindert werden, dass die Taliban in Afghanistan einen Rückzugsraum finden. Zweitens würden sich Unruhen in Afghanistan vor allem auf Pakistan ausweiten, was in Hinblick auf Pakistans atomare Bewaffnung äußerst problematisch sei. Einen dritten Grund sieht Arnold in der moralischen Verantwortung gegenüber den Menschen vor Ort, die dringend auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft angewiesen seien. Schließlich habe die Verdrängung der Taliban auch einen symbolischen Wert. So habe die Strahlkraft des islamisch begründeten Terrors weltweit abgenommen.

Dass vieles in Afghanistan bisher nicht gut lief, bestreitet Arnold nicht. Vor allem beim zivilen Wiederaufbau gebe es viel Nachholbedarf. So sei die Sicherheitslage in Afghanistan von Jahr zu Jahr schlechter geworden, in einzelnen Regionen stieg die Anzahl der Anschläge durch Aufständische um bis zu 70 %. Diese Anschläge würden sich jedoch nicht ausschließlich gegen die Soldaten richten, sondern zivile Opfer oft billigend in Kauf nehmen.

Von den 400 afghanischen Distrikten seien etwa 120 in einer kritischen bzw. instabilen Situation. „Das ist zwar deutlich zu viel“, meint Arnold, dennoch müsse man differenzieren und eben auch sehen, dass es in einigen Regionen große Fort-

schritte hinsichtlich der Sicherheitslage gebe. Zu tun bleibt jedoch einiges: Um die Sicherheit im Land herzustellen, müsse man vor allem die Aufständischen verdrängen und die Sicherheitskräfte vor Ort stärken. Das sei bisher nur unzureichend geschehen. Der Schwerpunkt müsse auf der Polizeiausbildung liegen, denn: „Nur so besteht die Chance, dass wir nachhaltige Stabilität in Afghanistan erreichen können“. Daran müssten sich alle Staaten beteiligen. Es ginge jetzt weniger darum, Terroristen zu jagen, sondern vielmehr um den Schutz der Bevölkerung. Auch der zivile Aufbau müsse gestärkt werden, dazu müssten die Mittel auf 430 Millionen Euro verdoppelt werden.

Die Vorsitzende des Bundes für soziale Verteidigung, Ute Finckh-Krämer, äußert grundsätzliche Kritik an der internationalen Afghanistanpolitik. Im Land gebe es aufgrund zahlreicher Konflikte seit 30 Jahren einen Bürgerkrieg mit wechselnder ausländischer Beteiligung. „Entscheidend ist, wie wir mit diesen regionalen Konflikten umgehen“, betont sie. Statt uns in den Bürgerkrieg einzumischen, sollten wir besser auf einer diplomatischen Ebene verhandeln und im Land an diesen Konflikten arbeiten, so ihre Forderung. Durch die Kriegsbeteiligung der westlichen Mächte seien bestimmte Konflikte noch verstärkt worden und die Zahl der Aufständischen im Lande stark gestiegen.

Finckh-Krämer vertritt das Konzept der „human security“. „Frieden“, so sagt sie, „ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg und Gewalt.“ Vielmehr sei es ein Prozess, der drei grundsätzliche Ebenen

menschlicher Bedürfnisse im Blick hat: Den Schutz vor physischen Angriffen, die Gerechtigkeit, vor allem die Einhaltung von Menschenrechten, und die soziale Sicherheit. Sie wirft der Bundesregierung vor, sich nur einseitig auf die physische Sicherheit zu beschränken, dabei müsse man alle drei Ebenen sehr genau ausbalancieren.

Alexander Schrade arbeitet seit mehreren Jahren für die Welthungerhilfe und war bis 2008 selbst für anderthalb Jahre in Afghanistan. Der Fokus der Welthungerhilfe, die seit den achtziger Jahren viele Projekte vor allem in abgelegenen Regionen Afghanistans leitet, liegt auf der Stärkung von Selbsthilfe und dem Aufbau lokaler Strukturen. Schrade betont, dass vor allem durch die transparente Arbeit seiner Organisation und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort eine hohe Reputation bei der Bevölkerung erreicht werden konnte. Allerdings sagt er auch, dass die Welthungerhilfe in den letzten Jahren zwei Todesfälle zu verzeichnen hatte, weil sich die Sicherheitslage und auch die Stimmung gegenüber Deutschland verschlechtert habe. „Das erschwert unserer Arbeit sehr“, bedauert Schrade und resümiert, dass die militärische Intervention nicht zu einer Verbesserung der Lage geführt habe.

Monatlich gebe es durchschnittlich 1244 Anschläge, auf Seiten der internationalen Truppen gab es bis 2009 mehr als 500 Tote. Diese schlechte Bilanz sei ein Zeichen dafür, dass der bisherige Afghanistaneinsatz gescheitert ist.

Aus der Abteilung kamen viele Fragen an die Referenten, und oft wurde der Vorwurf an die westliche Politik erhoben, es würde zu wenig Rücksicht auf die Gegebenheiten vor Ort genommen werden. „Manchmal hat man den Eindruck, die westliche Welt habe die Weisheit mit Löffeln gefressen“, brachte es jemand auf den Punkt. Die Afghanen müssten dort abgeholt werden, wo sie stehen, und Demokratie müsse von innen kommen, meinte auch Alexander Schrade und fand große Zustimmung in der Abteilung.

Die jetzt neu formulierten Ziele für Afghanistan würden schon seit vielen Jahren bestehen, was denn jetzt anders werden sollte, lautete eine weitere Frage. Rainer Arnolds Antwort klang ernüchternd: Es gebe keine veränderte Strategie, aber hoffentlich bald ihre tatsächliche Umsetzung auf internationaler Ebene. „Wenn in den nächsten Jahren keine Wende kommt, dann scheitert der Afghanistan-Einsatz“, mahnt er.

Am Ende wirbt Arnold um Verständnis für seine Entscheidung, der Mandatsverlängerung im Bundestag zuzustimmen: „Die Menschen vor Ort brauchen auch weiterhin unsere Hilfe!“

Ute Finckh-Krämer schließt die Veranstaltung mit einem Appell: „Hoffentlich wird das zivile Engagement in Afghanistan wesentlich länger dauern als der Bundeswehreininsatz!“

HOLGER THÄRICHEN, MDA
NICOLE SIEWERT

NEUE IDEEN FÜR DEN ORTSKERN ZEHLENDORF

Eine Forderung nach der Wahl-niederlage im letzten Herbst lautete, die kommunalpolitische Komponente der SPD zu stärken. Denn die Funktion einer Partei besteht auch darin, sich lokaler Angelegenheiten anzunehmen und als Bindeglied zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung zu fungieren.

Dabei ist die städtebauliche Entwicklung des eigenen lokalen Umfeldes immer ein lohnendes Handlungsobjekt. Ein Beispiel hierfür bietet die Situation in Zehlendorf-Mitte (Teltower Damm/Clayallee). Trotz vieler positiver Aspekte bestehen einige städtebauliche und verkehrliche Probleme, die mittelfristig entschärft werden sollten.

Vor knapp zwei Jahren wurde im Auftrag von Baustadtrat Uwe Stäglin für den Wettbewerb „Aktive Stadtzentren“ ein neues Entwicklungskonzept erarbeitet. Das Ingenieurbüro „Planergemeinschaft“ hob dabei zunächst die Stärken des Orts-teilszentrums hervor: Zehlendorf-Mitte verfügt über eine große Anzahl an Einrichtungen mit öffentlicher Nutzung, eine stabile, eher kleinteilige Handelsstruktur, einen Einzugsbereich mit überdurchschnittlich hohem Einkommen. Außerdem bestehen eine gute verkehrliche Anbindung und eine hohe Identifikation durch die Bürgerinnen und Bürger.

Allerdings wurden auch deutliche Schwächen des Zehlendorfer Ortskerns festgestellt:

(Fortsetzung auf Seite 16)

WAHLEN 2010

So. 09.05. Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler

E-Mail: andreas-kugler@t-online.de

Homepage: www.spd-steglitz.de

ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand

Homepage: www.spd-suedende.de

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz

E-Mail: lichterfelde@martinmatz.de

Homepage: www.spd-lichterfelde-west.de

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND -SÜD

Vorsitzender: Holger Fabig

<http://www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de>

10 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 5, LANKWITZ

Vorsitzender: Uwe Stäglin

<http://www.spd-lankwitz.de>

ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE

Vorsitzender: Hinrich Soehlke

E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de

<http://www.spd-krumme-lanke.de>

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD

Vorsitzender: David Scheffel

E-Mail: davidscheffel@web.de

<http://www.spd-zehlendorf-sued.de>

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen

Welche Zukunft hat die S-Bahn?

Ingeborg Junge-Reyer

Senatorin für Stadtentwicklung

Moderation: Dr. Holger Thärichen (MdB)

Dienstag, 13. April 2010, 19:30 Uhr

Wannsee-Hof, Kronprinzessinnenweg 252, 14109 Berlin

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF

Vorsitzender: Dr. Andreas Linde

Homepage: www.spd-zehlendorf.de

12 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 10, DAHLEM

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann

<http://www.spd-dahlem.de>

TANZ IM MAI

Mit Poisson Ivy ... und natürlich mit Buffet

Samstag, 1. Mai 2010 ab 19 Uhr

Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

Alle Genossinnen und Genossen und unsere Gäste sind herzlich eingeladen.

AK LEBENSWERTE STADT

Irene Köhne, Detlev Ronnisch

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Vorsitzende: Eveline Neumann

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

Vorsitzende: Renate Krohm.

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION

Vorsitzender: Günther Schulze

E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

14 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Vorsitzende: Ingrid Reimann

JUSOS

Bei Fragen könnt Ihr Euch wenden an

Clara Luhr (ClaraLuhr@GoogleMail.com). Termine und Infos gibt's auf unserer Webpage <http://www.jusos-suedwest.org>. Unser regulärer Treffpunkt ist das Friedenszentrum Pastor-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 14195 Berlin.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender: Wolfgang Kornau, Telefon 797 80 280, Fax 797 80 351,
E-Mail: Wolfgang.Kornau@T-Online.DE

Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine> 15

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

- So. 04.04. 13:00 Osterspaziergang der Friedensinitiative Kyritz-Ruppiner Heide. Treffen in Fretzdorf.
- Di. 20.04. 19:00 *Fraktion vor Ort*: „Wachstumsmotor oder Klientelpolitik? Die Finanzpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung“. Veranstaltung mit Petra Merkel, Swen Schulz und Nicolette Kressl (finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion). OSZ Körperpflege, Schillerstraße 120, 10625 Berlin. (Ende 20:30). Anmeldungen bei Petra Merkel (S. 24), Stichwort „Fraktion vor Ort: Steuerpolitik“.
- Do. 22.04. *Girls' Day*. Sechs Mädchen (ab 10. Klasse) erhalten die Möglichkeit, Petra Merkel und ihrem Team einen Tag lang bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Interessierte Mädchen bewerben sich per E-Mail (S. 24) unter dem Stichwort „Girls' Day 2010“.
- Fr. 23.04. 19:30 Theater: *Eine linke Geschichte*. GRIPS-Theater, Altonaer Straße 22, 10557 Berlin. Kosten: 10 €; B. Zimmermann hat 20 Karten.
- So. 25.04. 13:00 9. Japanisches Kirschblütenfest. Berliner Mauerweg zwischen Holtheimer Weg, 12207 Berlin und Kriemhildstraße, 14513 Teltow (Ende 18:00).
- Sa. 01.05. 09:30 Tag der Arbeit: DGB-Demonstration und Familienfest. DGB-Haus Keithstr. 1–3, 10787 Berlin.
- Mi. 05.05. 21:00 *Von Mainz bis an die Memel LXXXXIII*. Videoschnipsel mit Jürgen Kuttner. Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Linienstraße 227, 10178 Berlin. 10 €
- Mai *Fraktion vor Ort*: „Das neue Afghanistan-Mandat: Wende zur Abzugsperspektive“. Einzelheiten werden rechtzeitig mitgeteilt. Wer Interesse hat, kann sich schon jetzt bei Petra Merkel per E-Mail (S. 24) mit dem Stichwort „Fraktion vor Ort: Afghanistan“ anmelden.

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA (<http://www.michael-arndt.info>): Mi. 17:30 – 18:30, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonische Vereinbarung: 833 50 04
- Ulrike Neumann, MdA (<http://www.neumann-ulrike.de>): bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41

(Fortsetzung von Seite 8)

- **Fehlender Identifikationsmittelpunkt:** Es fehlt ein öffentlicher Raum, wo man sich trifft und hinsetzt. Außerdem fehlt es auch an einer Fläche, wo ein größerer Wochenmarkt stattfinden kann.
- **Unattraktive Situation am S-Bahnhof Zehlendorf:** Die Bahnunterführung über den Teltower Damm bietet keinen schönen Anblick. Fußgänger drängeln sich in einem schmalen Tunnel unter der Bahntrasse hindurch. Der Bahnsteig der alten „Stambahn“ ist ungenutzt und verwildert.
- **Verkehrsbelastung:** Die Aufenthaltsqualität in Zehlendorf-Mitte wird durch eine hohe Verkehrsbelastung eingeschränkt.

Die SPD-Abteilung Zehlendorf erarbeitet derzeit jenseits von Tagesaktualitäten eine „Vision“ mit Vorschlägen für eine Steigerung der Attraktivität des alten Dorfkerns. Als städtebauliche Maßnahme wird dabei vorgeschlagen, den östlichen Vorplatz des Rathauses am Teltower Damm – den Ort des letztjährigen Sommerfestes der SPD – um die dort vorhandene Parkplatzzone zu erweitern und so einen „Marktplatz“ zu schaffen. Die Kirchstraße soll für den Pkw-Verkehr gesperrt werden. Für die eigentliche Dorfauwe wird eine landschaftsplanerische Gestaltung vorgeschlagen, wobei der heutige Grünbereich im vollen Umfang erhalten bleibt. Für die Renaturierung der historischen Wasserfläche soll eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden.

Die Parkplätze am Teltower Damm könnten bei einer – eventuell unterirdischen – Konzentration von Parkraum entfallen.

Für den Bereich des S-Bahnhofs Zehlendorf ist ein zweiter Ausgang dringlich. Auf dem Bahnsteig der Stammbahn kommt eine Zwischennutzung in Betracht, beispielsweise ein Café oder Restaurant in einem Eisenbahnwagen.

Diese und andere Vorschläge werden wir mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Wir sind für jeden Dialog offen, gerne auch am Straßenstand.

ANDREAS LINDE

FRAUEN-POWER IN STEGLITZ-ZEHLENDORF

In dieser Wahlperiode ist – auch durch den Druck der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung – erstmalig ein Ausschuss für Gleichstellung und Integration in Steglitz-Zehlendorf eingerichtet worden. Hier werden jetzt frauen- bzw. gleichstellungsspezifische Themen behandelt.

Wir als SPD-Fraktion setzen uns für Projekte ein und regen Verwaltungshandeln an, z. B. bei der Umsetzung von Gender-Mainstreaming bzw. Gender-Budgeting im Bezirksamt sowie bei der Namensgebung im öffentlichen Raum – nur 4,2% der Straßen und Plätze im Bezirk sind bisher nach Frauen benannt! Deshalb haben wir jetzt eine Liste verdienter Frauen des Bezirkes vom Bezirksamt gefordert, damit verstärkt auch

Frauen auf diese Weise geehrt werden können.

Die SPD hat sich für die Unterstützung von Ausbildungs- und Berufsvorbereitungen in Teilzeit für junge Mütter eingesetzt und für die Einrichtung eines Frauen- und Mädchen-Zentrums in Steglitz-Zehlendorf. Wir sind der einzige Bezirk, der keinen zentralen Frauentreff mit entsprechenden Angeboten hat. Die Ratswaage ist zwar schön, aber zu klein dafür. Dank der Initiative der SPD soll sich das ändern, es wird bereits nach einem günstig gelegenen Standort gesucht.

Wir haben das Stadtteilmütter-Projekt im Umfeld der Thermometer-Siedlung unterstützt und setzen uns für die Verlängerung ein, damit diese hervorragende Integrationsarbeit von Frauen für Familien weiterhin geleistet werden kann.

Außerdem hat der Bezirk, mit unserem Engagement in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten und den Unternehmerfrauen im Handwerk, ab Februar 2010 für 4 Jahre eine halbe Stelle aus dem „Förderprogramm zur Stärkung der Fraueninfrastruktur Berlins“ erhalten. Damit soll ein Gründerinnen-Zentrum im Bezirk aufgebaut werden, das die SPD schon seit Langem mit Nachdruck fordert.

Bei all diesen Projekten erhalten wir Impulse und Unterstützung von der ASF und den ortsansässigen SPD-Mitgliedern. Wir freuen uns weiterhin auf Anregungen, für die wir uns einsetzen können.

IRENE KÖHNE Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Integration der BVV Steglitz-Zehlendorf

TOLERANZ UND VIELFALT IN DER SCHULE DER ZUKUNFT

Die Abkürzung NdH hört sich an wie die Bezeichnung für ein Krankheitsvirus, bedeutet aber: *Nicht deutsche Herkunft*. Immer wieder wurde und wird zwischen Kindern deutscher und Kindern nicht deutscher Herkunft unterschieden. Die letzteren schnitten laut Bildungsstatistik durchgehend schlechter ab als ihre deutschen Mitschüler und Mitschülerinnen. Die integrierte Sekundarschule wird sich auch diesem Problem stellen müssen. Das formale Recht, Abiturprüfungen durchzuführen, muss transformiert werden in das Führen und Begleiten möglichst vieler Kinder über die Berufsbildungsreife und Erweiterte Berufsbildungsreife hinaus zu diesem Abschluss, mindestens aber zum Mittleren Schulabschluss. Untersuchungen zum sogenannten Schulversagen belegen, dass der Migrationshintergrund allein nicht die Ursache ist. Entscheidend ist dafür leider immer noch der soziale Hintergrund der Familie. Sprache, Didaktik und Unterrichtsformen müssen dies berücksichtigen. Gymnasium und Sekundarschule können dabei auf viele schon erprobte Unterrichtsformen an bisherigen Schultypen zurückgreifen.

Unsere Genossin, die Journalistin Mila Zaharieva-Schmolke, arbeitet seit längerem in kreativen Schulprojekten, in denen NdH als Chance und Bereicherung erfahren wird. Ihre Arbeit wird durch ihren eigenen Lebenslauf authentisch und mündet jeweils in ein Kinderradioprojekt. Auf dieser Grundlage sollten ihre Texte für uns Anstoß und Ermutigung sein,

Klaus Wowereit bei seinem Ziel, die gesellschaftliche Integration bundesweit zu fördern, kreisweit zu unterstützen und voranzubringen

Das Konzept der Ganztagschulen ist für eine besser funktionierende Integration hilfreich. Anspruchsvolle Mehrsprachigkeit hilft Kindern, sich in mehreren Kulturen zuhause zu fühlen, und befähigt sie, von klein an, die Kultur der anderen zu verstehen. Integration und Vielfalt gehören gerade in Berlin mit ca. 180 Nationalitäten genauso zu unserem Alltag wie das voneinander Lernen. Eines unserer vielen Radioprojekte wurde an einer Europaschule verwirklicht. Dort am Brandenburger Tor wachsen die Kinder mindestens zweisprachig auf. Obwohl die Schule von Botschaften umgeben ist, gibt es in dieser Klasse keine Diplomatenkinder. Die Schüler und Schülerinnen sprechen Russisch und Deutsch, aber auch Armenisch, Litauisch, Usbekisch, Ukrainisch u.a.

Im Rahmen unseres Radioprojektes – „Eine Welt der Vielfalt“ – erzählten sie, woher sie und ihre Vorfahren kommen. Schon tauchten Fragen auf und wurden bearbeitet: Was bedeutet eigentlich der Begriff Vorfahren? Welches ist meine Muttersprache? Wo hat meine Familie früher gelebt? Wie nehme ich meine Kultur mit, wenn ich in ein anderes Land ziehe? Passen alle meine Erlebnisse, die Lieblingsmusik und Lieblingsgeschichten in einen Koffer? Wie sieht dieser aus?

Dieser Koffer ist kein normaler Koffer, sondern ein Zauberkoffer. Es sind unsere Erinnerungen und Gedanken, in de-

nen wir die eigene Kultur mit uns tragen, unabhängig davon, wo wir gerade leben. Im Rahmen der Radioaufnahmen zum Thema Kultur stellten die Kinder viele ihrer Lieblingsbücher vor. Ganz selbstverständlich lasen sie mit Begeisterung in mehreren Sprachen. Die meisten von ihnen stellten sowohl ein deutsches als auch ein russisches Werk vor. Mit Freude nahmen sie an den Interviews teil und meisterten selbstbewusst die Arbeit mit dem Mikrofon. In einem solchen Lernklima wird NdH zur persönlichen Chance und gesamtgesellschaftlichen Bereicherung.

Das „Wowereit-Projekt“ soll mehr als die Integration von Migranten umfassen. Ein Aspekt ist die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern. Darüber hinaus kann Steglitz Erfahrungen aus der Arbeit mit blinden Schülern und Schülerinnen beitragen, die in Brailleschrift schreiben, das Abitur machen und sehenden Klassenkameraden und Klassenkameradinnen eine weitere Kommunikationsebene öffnen.

EVELINE NEUMANN

67 +

Etliche Probleme unserer Gesellschaft sind in den jüngsten Wahlkämpfen von den großen Parteien weitgehend ausgeblendet worden, beispielsweise die Generationenfrage. Die Herausforderung besteht darin, dass die Menschen immer älter werden, während die Zahl der Kinder immer geringer wird.

Wurden 1950 in Deutschland 1,117 Mio. Kinder geboren, waren es 2007 nur

noch 685.000, das sind rund 1,4 je Frau – eine der niedrigsten Geburtenraten in Europa.

Die mittlere Lebenserwartung eines 2007 geborenen Jungen ist 82 Jahre (Mädchen: 88 Jahre), während sie 1950 für Jungen 71 und für Mädchen 78 Jahre betrug. Der Anteil der über 50 Jahre alten Berliner belief sich 2007 auf 36,7% und wird wahrscheinlich bis 2030 auf 45% ansteigen. Steglitz-Zehlendorf nimmt dabei unter den Bezirken mit 44% (2007) bzw. 50% (2030) die Spitzenposition ein.

Unsere auf Umlageverfahren beruhenden Sozialsysteme geraten zunehmend in Schiefelage, denn die entsprechenden Ausgaben wachsen generell schneller als die Einnahmen. Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 im Jahre 2029 ist ein Ansatz, die Alterssicherung wetterfester zu machen. Die Bundesbank wies allerdings im Juli 2009 auf die Notwendigkeit hin, das Rentenalter sogar auf 69 Jahre zu erhöhen, damit die Stabilität der Rentenversicherung gewährleistet bleibt. Bei ihrer Berechnung unterstellt sie, dass Deutschland nach wie vor einen Einwanderungsüberschuss erzielt – was durchaus nicht sicher ist, da es junge leistungsorientierte Deutsche vermehrt ins Ausland zieht, auch um der hohen Abgabenlast (Steuern plus Sozialversicherungsbeiträge) zu entgehen.

Während heute noch auf einen Rentner drei Erwerbstätige entfallen, wird sich im Jahre 2050 der sog. Altersquotient auf 1,6 vermindern. Die Rücknahme des Rentenalters wäre somit aus sozio-ökonomischen Gründen unverantwortlich. Sie liefe

aber auch den Interessen der meisten Betroffenen zuwider. Einer Umfrage zufolge sind nämlich 73% der Befragten bereit, länger als bis 65 zu arbeiten, wenn dann die Rente entsprechend steigt. Offen bleibt, ob darin die Angst vor Altersarmut zum Ausdruck kommt oder sich eine Neuorientierung abzeichnet. Wirklich alt fühlt sich die Mehrheit der Senioren heutzutage erst ab 80.

Interessanterweise ist in letzter Zeit die Erwerbsquote der über 50-jährigen angestiegen. Ursachen waren der Facharbeitermangel und die Einsicht der Unternehmen, dass in den letzten Jahrzehnten die Bedeutung der Berufs- und Lebenserfahrung, Arbeitsmoral, Verlässlichkeit und Beständigkeit der älteren Mitarbeiter für die Arbeitsproduktivität und das Betriebsklima unterschätzt worden ist.

Die Wirtschaft entdeckt zudem, dass es sich lohnt, die Senioren ernster zu nehmen. Reiseveranstalter gestalten Pauschalreisen so, dass sie auch für Ältere attraktiv sind: Abholdienste, Kreuzfahrten, ärztliche Betreuung... Die Kfz-Industrie kreiert Assistenzsysteme, die das Autofahren erleichtern, die Pharmaindustrie entwickelt vermehrt altersspezifische Heil- und Hilfsmittel. Die Wohnungsunternehmen sind bemüht, ältere Mieter zu halten, da sie generell rücksichtsvoller sind, pünktlich zahlen, geringere Ansprüche stellen und mit den Mietobjekten pfleglich umgehen.

Nach dem vom Berliner Senat Mitte August 2009 verabschiedeten Bericht „Wohnen in Zeiten des längeren Lebens“ sollen gemeinschaftliche Wohnformen für

Junge und Alte entwickelt, Barrieren abgebaut und die Anpassung des Wohnungsangebots an die anders gearteten Bedürfnisse der älteren Generation gefördert werden. Hintergrund ist das einige Wochen zuvor beschlossene „Demographiekonzept“, das die stärkere Verzahnung von Jung und Alt, das voneinander Lernen und gegenseitige Unterstützen vorsieht. Ziel ist letztlich, Generationskonflikten zuvor zu kommen und bürgerschaftliches Engagement auf allen Ebenen in allen Altersstufen voran zu bringen. Ehrenamtliche Tätigkeiten der Älteren tragen dazu bei, Vorurteile (Alte haben nichts mehr zu bieten, Alte sind apathisch und resignativ) abzubauen.

Die SPD hat schon in den 90er Jahren begonnen, sich auf den demographischen Wandel einzustellen. 1994 wurde in Mainz die AG 60 plus gegründet, der etwa 250.000 Mitglieder zuzurechnen sind. Sie hat sich insbesondere zur Aufgabe gesetzt, die Interessen der Älteren unter Wahrung der Generationensolidarität in Staat und Gesellschaft einzubringen und zu vertreten.

Eine unseren Wohlfahrtsstaat besonders belastende Herausforderung ist die Tatsache, dass mit dem Alter auch spezifische Erkrankungen zunehmen. Ihre Heilung ist entweder gar nicht (Altersdemenz, Alzheimer) oder kaum möglich (Krebs, Arthrose, Rückenleiden). Auf jeden Fall ist die Pflege bzw. Behandlung der Betroffenen mit hohen Kosten verbunden. So werden sich die Ausgaben allein der gesetzlichen Kran-

kenversicherung (GKV) 2009 auf über 160 Mrd. € und 2010 wahrscheinlich auf 170–180 Mrd. € summieren. Um den seit Juli 2009 für alle gesetzlichen Krankenkassen einheitlich auf 14,9% festgelegten Beitragsatz zu halten, wird der Bund 2010 aus Steuermitteln rund 10 Mrd. € in den Gesundheitsfonds einzahlen. Den konjunkturbedingten Einnahmerückgang von voraussichtlich 2,9 Mrd. € will der Bund durch ein entsprechendes zinsloses Darlehn ausgleichen. Wegen der explodierenden Gesundheitskosten ist eher mit einem noch höheren Fehlbetrag zu rechnen.

Abgesehen davon ist der 2009 geschaffene Gesundheitsfonds zwischen den neuen Koalitionsparteien äußerst umstritten. CSU und FDP wollen ihn wieder abschaffen. Die CDU ist zwar für seine Beibehaltung, jedoch mit gewissen Änderungen, u. a. Streichung der Begrenzung von Zusatzbeiträgen, die defizitäre Krankenkassen erheben können – von den Versicherten, nicht aber den Arbeitgebern!

Nach SPD-Vorstellungen sollte der Gesundheitsfonds in den nächsten Jahren in Gänze erhalten bleiben – falls erforderlich mit höheren Zuschüssen des Bundes. Angesichts der demographischen Entwicklung wird sich jedoch die allein von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanzierte Sozialversicherung auf Dauer kaum aufrecht erhalten lassen. Im Hamburger Grundsatzprogramm wird deshalb gefordert, die Finanzierung der Sozialversicherung auf eine breitere Grundlage zu stellen – im Gesundheitsbereich durch die sog. Bürgerversicherung: Jedermann (Arbeiter und Angestellte, Beamte, Selbst-

ständige, Gering- und Gutverdienende) zahlt einen Versicherungsbeitrag nach Maßgabe seiner Erwerbs- und Kapitaleinkünfte. Dadurch werden die Beitragssätze geringer und als Folge dessen die Lohnnebenkosten sinken, was wiederum die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie verbessert. Unsere verheerende Wahniederlage am 27. 9. 2009 rückt allerdings die Realisierung dieses Anliegens in weite Ferne.

Die schwarz-gelbe Koalition will hingegen erklärtermaßen langfristig die GKV auf einen lohnunabhängigen Einheitsbeitrag umstellen. Sie ist ein Schlag gegen das Postulat der Gerechtigkeit, da Ungleiches (unterschiedlich hohe Einkommen) gleich behandelt würde (Kopfpauschale). Generell setzen FDP und Teile der Union auf kapitalgedeckte Modelle à la Privatversicherung. Die Sozialsysteme – zumindest im Gesundheits- und Pflegesektor – sollen auf eine Grundversorgung reduziert werden. Die jahrzehntelang bewährte Sozialpartnerschaft bliebe auf der Strecke, zumal ja die Arbeitgeberanteile eingefroren werden sollen.

Ein weiteres Problem ist die exorbitant hohe Verschuldung der öffentlichen Hände. Sie wuchs auf die unvorstellbare Summe von 1,7 Billionen €. Vor 10 Jahren (Ende 1999) waren es erst umgerechnet 764 Mrd. € und Ende 2006 917 Mrd. €. Wie die steigende Nettoneuverschuldung des Bundes (2008 11,5 Mrd. €, 2009 47,6 Mrd. € und 2010 voraussichtlich 80 Mrd. € zzgl. rund 14 Mrd. € in Schattenhaushalten) mit den von der FDP geforderten Steuersenkungen in Einklang gebracht werden

kann, bleibt schleierhaft. Unbestreitbar belasten die heute aufgenommenen Kredite die künftigen Generationen, müssen sie doch Zinsen zahlen und für die Rückzahlung sorgen. Oder handelt die Politik nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ und hat insgeheim die Hoffnung aufgegeben, die Schulden der öffentlichen Hände jemals zurückzahlen zu können?

Die These der Neoliberalen, dass ein durch Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand induzierter Wirtschaftsaufschwung später zu gleich hohen oder sogar höheren Steuermehreinnahmen führt, so dass die Schulden wieder abgebaut werden können, ist pure Illusion und widerspricht allen Erfahrungen. Ebenso wenig lässt sich empirisch belegen, dass Steuersenkungen die wirtschaftliche Leistung erhöhen.

Die Regierung Merkel/Westerwelle erweist sich schon jetzt als kurzatmig (Kabinettsumbildung nach Rücktritt des Arbeitsministers Jung), unseriös (so der Sachverständigenrat über die Finanzpolitik der Koalition) und der Wirtschaftslobby hörig (steuerliche Entlastungen der Hoteliers bei Übernachtungskosten, „Kuhprämien“ für Milchbauern). Von dem in der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung geforderten Mut zur Zukunft ist weit und breit nichts zu spüren. Die Tragweite des demographischen Wandels und der Strukturkrise des marktwirtschaftlichen Systems scheint weder der jetzigen Bundesregierung noch der breiten Öffentlichkeit hinlänglich bewusst zu sein.

KLAUS SPYCHALSKI

WIR GRATULIEREN ALLEN ZUM GEBURTSTAG, INSBESONDERE

IM APRIL: 1. 4. Manfred Mühling 65 J.; 2. 4. Irene Dekubanowski-Landsberg 60 J.; 4. 4. Eberhard Ninow 70 J.; Ruth Martius 60 J.; 5. 4. Jochen Schulz zur Wiesch 65 J.; 6. 4. Manfred Scholz 65 J.; Fritz Gras 85 J.; 7. 4. Hannelore Koch 70 J.; 10. 4. Siegfried Suckut 65 J.; 12. 4. Dagmar Luuk 70 J.; Hartmut Kaelble 70 J.; 13. 4. Brigitte Neroch 70 J.; 16. 4. Wolfgang Winkler 75 J.; 19. 4. Gerhard Nitschke 65 J.; 21. 4. Erwin Wittkopf 80 J.; 23. 4. Otto Vielhauer 75 J.; Jenja Dymek 60 J.; 24. 4. Barbara Paetow 65 J.; Arno Spitz 90 J.; 27. 4. Susanne Schneider 70 J.; Marianne Meyer 60 J.; 28. 4. Hans-Peter Kraft 65 J.;

IM MAI: 1. 5. Hildegard Frisius 75 J.; Ehentraud Haensel de Guardia 75 J.; 2. 5. Gundula Dorau 65 J.; Eckhard Lewerenz 65 J.; 3. 5. Joachim Gribach 80 J.; 6. 5. Doris Gronau 70 J.; 7. 5. Margit Seidel 85 J.; 8. 5. Bernhard Böhm 60 J.; 9. 5. Gisela Krien-Kummrow 85 J.; Hans-Joachim Püschel 80 J.; 10. 5. Manfred Rexin 75 J.; Jürgen Schopplick 60 J.; 11. 5. Werner Lippstreu 85 J.; 12. 5. Klaus-Dieter Scheffler 60 J.; 16. 5. Dietmar Milnik 65 J.; Ursula Jänicke 70 J.; 18. 5. Manfred Martin 80 J.; 22. 5. Klaus Dieter Wiese 60 J.; 23. 5. Thomas Hirsch 60 J.; 24. 5. Ralf-Jürgen Krüger 60 J.; Heinz Sattler 80 J.; 25. 5. Rosemarie Rietz 70 J.; Gudrun Mildenberger 60 J.; 27. 5. Siegfried Stahn 65 J.; 31. 5. Norbert Lange 60 J.

RUHR.2010: EINE EXKURSION DER DAHLEMER SPD IN DIE „EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT“

2008 haben wir eine superspannende Fahrt ins Ruhrgebiet gemacht. Es war absolut faszinierend, was aus früheren Industriebrachen alles Spannendes entstehen kann. Der Bogen von den Äckern des 19. Jahrhunderts, von den Wiesen zu den Kanälen und Zechen, zu den Arbeitersiedlungen und zur Geschichte der Arbeiterbewegung ist begeisternd.

2010 ist das Ruhrgebiet europäische Kulturhauptstadt. Eine erneute Exkursion führt uns vom 13.–16. Mai 2010 zu den Stationen Oberhausen, Essen und Hagen. Oberhausen besitzt mit dem 117 m hohen Gasometer einen „Industriegiganten des Reviers“ und mit der 1846 gegründeten Siedlung Eisenheim die älteste von zahl-

losen Arbeitersiedlungen des Ruhrgebiets, deren Abriss Ende der 60er Jahre eine Bürgerinitiative verhinderte. In Essen finden wir den Kruppschen Herrnsitz (Villa Hügel), die in den Jahren 1909 bis 1920 gebaute Gartenvorstadt Margarethenhöhe und die 1928 bis 1932 errichtete Zeche Zollverein. Bei der Zeche Zollverein, die auf der UNESCO-Weltkulturerbeliste steht, handelt es sich um die „schönste und größte Zechenanlage der Welt“ (Franz Müntefering hat dort geheiratet). Die Margarethenhöhe gilt als „Meisterwerk der Gartenstadtbewegung“. In unser Partnerstadt Hagen lebte und wirkte Karl Ernst Osthaus (1874–1921), der Gründer des Museums Folkwang (1902) und ungewöhnlicher Bauten.

Warum machen wir diese Fahrt? Angefangen hat es 2006 mit unseren drei Ber-

liner Busrouten zu Bruno Taut. Diese drei Fahrten haben wir jetzt alle viermal durchgeführt. Hinzu kamen zahlreiche Berliner Besichtigungen, zuletzt die der Siedlung Attilahöhe der Berliner Bau- und Wohnungsbaugenossenschaft von 1892. Inzwischen haben wir den Radius dieser historischen Fahrten erweitert mit spannenden Tagesausflügen nach Eberswalde u. a. zur Kupferfabrik, ins rote Luckenwalde, zu Mendelsohns Hutfabrik und Trebbin, nach Dessau, Nordschleife, Südschleife, nach Dresden-Hellerau und zur Gartenstadt Marga, ins „rote“ und ins „bunte“ Magdeburg. Im April fahren wir das vierte Mal zur Besichtigung nach Wroclaw.

Wir machen diese Fahrten, weil sie meist wichtige Elemente von Kommunalpolitik der zwanziger Jahre zeigen; sie sind reales Leben, welches aus der Enge der Mietskasernen und Hinterhöfe hin zu hellen, lebensfrohen Wohnformen ausbrach, die damals revolutionär waren. In-

teressant sind oft die Anknüpfungspunkte zur fortschrittlichen Bildungsreform der zwanziger Jahre (Kurt Löwenstein in Neukölln). Alle Reformer hatten mit politischen Gegnern zu kämpfen, wurden immer wieder von der Reaktion und der Polizei bedroht. Und: Viele der Mitfahrenden sind in solchen Wohnformen aufgewachsen. Berlin ist voll von Genossenschaftssiedlungen der zwanziger Jahre. Wir haben diese Besuche sorgfältig ausgewertet. Sie haben sich insgesamt sehr gelohnt. Man sieht Stadt jetzt mit anderen, mit politischeren Augen. Und man kann Perspektiven und Visionen für eine kommende Welt entwickeln ...

Für die Fahrt ins Ruhrgebiet gibt es noch wenige Plätze, für die vierte Wiederholungsfahrt nach Wroclaw inzwischen eine Warteliste.

BURKHARD ZIMMERMANN

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südwest e.V.

Unser nächster

**Bücherbasar,
Trödel sowie
Verkauf der Retro-Mode**

findet statt an den

**Sonntagen, 18. April und 16. Mai, 10–16 Uhr
in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.**

Die angebotenen (gebrauchten) Bücher sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e. V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Wir laden Sie ein, sich bei Kaffee und Kuchen Ihrem Hobby – dem Buch – zu widmen und in unseren „Trödelstuben“ zu stöbern.



SPD-Regionalbüro**Steglitz-Zehlendorf**

Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Öffnungszeiten: Mo. und Do. 10–14 Uhr,
Fr. 14–18 Uhr.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@SPD-Berlin.DE

Web: <http://www.SPD-Suedwest.DE>

Petra Merkel MdB**Wahlkreisbüro Goethe80**

Goethestraße 80, 10623 Berlin

Öffnungszeiten: Mo. und Do. 12–16 Uhr,
Di. und Mi. 10–14 Uhr.

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 00 168

E-Mail: Petra.Merkel@Wk.Bundestag.DE

Web: <http://www.Petra-Merkel.DE>

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss für die Nummer 46
(Juni–August 2010) ist am **11. 5. 2010**.

Genossinnen und Genossen, die einen
Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis
zum Redaktionsschluss in digitaler Form
einreichen: per E-Mail an

sww@suedwest.spd-berlin.de.

Textformate: txt (ohne Zeilenumbrüche)
oder doc (MS-Word).

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei
Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Lutz Ihlenburg
c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Redaktionsteam: Dr. Lutz Ihlenburg,
Klaus Spychalski.

Druck: Robert Podzuweit,
Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet: <http://www.SPD-Suedwest.DE/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.
